

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 92 (1998)  
**Heft:** 9

**Rubrik:** Zeichen der Zeit : "Lieber Genosse Schröder"

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 08.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

---

# Zeichen der Zeit

## «Lieber Genosse Schröder»

Lieber Genosse Schröder

Sie verbreiten Ihr persönliches Wahlprogramm in offenen Briefen, die Sie zu einem Buch vereinigt haben («Und weil wir unser Land verbessern...», Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1998). Es sind bekannte und weniger bekannte Persönlichkeiten, an die Sie Ihre politischen Ansichten adressieren. Über Ihren Umgang mit der Ökologiefrage haben Sie an Joschka Fischer und Hans-Christoph Binswanger geschrieben. Ihre nur allzu berechtigte Sorge über den Rechtsextremismus kommt im Brief an einen unbekanntem DVU-Wähler zum Ausdruck. Gegenüber einer «Feinschmecker»-Chefredakteurin folgt das Bekenntnis, dass Sie mit dem «Hedonismus»-Verdacht gut leben könnten, auch wenn Sie nicht zur «Toskana-Fraktion» gehörten. Und einem amerikanischen Computer-Manager veraten Sie, der frühere US-Botschafter in Bonn, Richard Burt, habe Sie an einer Veranstaltung in New York als einen Politiker eingeführt, «der in seiner Zeit als Juso-Vorsitzender <die Revolution geplant> habe und sie als Ministerpräsident nun verhindern müsse». Ihre Antwort sei gewesen: «Such is life».

Da Ihre Briefe an eine weitere Öffentlichkeit gerichtet sind, wünsche ich Ihnen ein paar gute Reaktionen über den Kreis der angeschriebenen Personen hinaus. Gerne beteilige ich mich an diesem Echo, zumal einer der Briefe mich nachhaltig beschäftigt. Der Brief richtet sich an *Richard von Weizsäcker*. Aber gemeint ist ein ganz anderer Adressat, dem Sie partout keinen Brief schreiben wollen: die *PDS*. Zu gross sind Ihre Berührungspunkte gegenüber dieser Partei, als dass Sie sich direkt an Genossen wie Gregor Gysi, Lothar Biski oder

André Brie wenden möchten. Zwar zollen Sie dem ehemaligen Bundespräsidenten «Respekt» für seine «Einschätzung von der SED-Nachfolgerin als einer ostdeutschen Regionalpartei, die es in das parlamentarische System zu integrieren gelte». Aber «in der Sache» seien Sie anderer Meinung. Sie halten, so schreiben Sie, «eine Koalition oder auch nur Kooperation mit der PDS auf Bundesebene für ganz und gar ausgeschlossen – und das auch für den Fall, dass diese Partei glaubwürdige Schritte zur Integration in den Prozess der demokratischen Willensbildung unternähme». Ich meine, diese Haltung sage mehr über Sie und die SPD aus als über die PDS.

### Die Probleme beginnen schon mit der Anrede

Betrachten Sie diese Kritik nicht als ungebührliche Einmischung aus der benachbarten Schweiz. Die Legitimation zu diesem Brief entnehme ich nicht meinem Pass, sondern unserer gemeinsamen *Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie*, deren Zukunft im gemeinsamen Haus Europa mir wichtiger ist als die Verschiedenheit der Nationalität. Ich kann Sie deshalb zwar nicht wählen; aber es ist mir alles andere als gleichgültig, ob Sie gewählt werden, und was es bedeutet, wenn Sie gewählt werden: einen *Politikwechsel* oder nur einen *Politikerwechsel*.

Mit einigem Interesse verfolge ich Ihren Wahlkampf. Sie führen ihn professionell, Ihre Auftritte wirken sympathisch, das Wohl der schwachen Glieder der Gesellschaft scheint Ihnen am Herzen zu liegen. Sie verdecken nicht ihre Herkunft als Sohn einer Kriegswitwe und Putzfrau. Sie stehen dazu, dass Sie ein «68er» waren, der seine

Hoffnung in einen demokratischen Sozialismus setzte, aber Sie räumen auch ein, dass Sie diese Hoffnung längst aufgegeben haben. «Such is life», jedenfalls für Sie. Wenn Sie daher einen Wahlkampf mitten im Mainstream führen, wie er durch Umfragen bestätigt wird, dann deckt sich Ihre Strategie mit Ihrer (fehlenden) Überzeugung. Die Visionen sind Ihnen abhanden gekommen. Also machen Sie den Leuten nichts mehr vor. Darin liegt wohl der tiefere Grund Ihres Erfolgs. Mag der designierte Kohl-Nachfolger Wolfgang Schäuble Sie als «Mann auf dem Egotrip und ohne Gestaltungsanspruch» (Spiegel, 10.8.98) hinstellen, der Mainstream gibt sich damit zufrieden.

So sehr haben Sie sich von jeder Alternative zum real existierenden Kapitalismus verabschiedet, dass Sie lieber eine *Grosse Koalition* mit der CDU eingehen wollen, als eine rot-grüne Koalition von der Tolerierung durch die PDS abhängig zu machen. Ja, ich habe den Eindruck, dass Sie der CDU näher stehen als selbst den Grünen, die wenigstens noch auf einen ökologischen Umbau der Gesellschaft setzen. In Potsdam haben Sie sich kürzlich gar als «Automann» bezeichnet, mit dem es einen Preis von 5 Mark pro Liter Benzin nicht geben werde. Fehlt nur noch die Umbenennung der SPD zur «Autopartei»... Auch Ihre Stammtischparolen gegen kriminelle Ausländer stehen in einem fatalen Überbietungswettbewerb mit rechts und ganz rechts. Kurz und schlecht, ich habe meine Probleme mit dem zu erwartenden Kanzler Schröder und natürlich auch mit dem Kanzlerwahlverein, zu dem sich die traditionsreiche SPD gemausert hat.

Die Probleme beginnen für mich schon mit der Anrede. Noch sprechen sich die Mitglieder der SPD als «*Genossinnen und Genossen*» an. Sie, Herr Schröder, machen da keine Ausnahme, wie ich als gelegentlicher Konsument der ARD-Tagesthemen weiss. Nur bringe ich den «Genossen» Schröder nicht zusammen mit der Politik, die er vertritt. Die Anrede, die Sie sich offenbar auch von Ihren Werbefachleuten nicht ausreden lassen, hat ja wirklich nur

einen Sinn, wenn die SPD so etwas wie eine «genossenschaftliche» Zukunftsperspektive aufweist. Ich verstehe darunter die Option für einen demokratischen, einen partizipatorischen, einen «von unten» gestalteten und gestaltbaren Sozialismus. Von dieser Perspektive sind Sie weiter entfernt als je ein Kanzlerkandidat in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Trotzdem, als «Genosse» stellen Sie sich in eine Tradition, die Sie nicht in die Unverbindlichkeit entlässt, der Sie anzuhängen scheinen. Es ist die Tradition der Solidarität, auch der Solidarität nach rückwärts: mit Hunderttausenden von Genossinnen und Genossen, die im demokratischen Sozialismus kein leeres Wort, sondern die Hoffnung auf eine neue Zeit sahen. Es ehrt Sie, dass Sie das Risiko nicht scheuen, bei dieser Tradition behaftet zu werden. Ich meine, nur gedankenlose Leute könnten diese Anrede für folgenlos halten.

### **Was gilt: Neoliberalismus oder Sozialstaatlichkeit?**

Doch nun zu Ihrem Versuch, die *Partei des Demokratischen Sozialismus* unter politische Quarantäne zu stellen. Ich habe gesagt, diese Ablehnung verrate mehr über Sie und die SPD als über die «SED-Nachfolgerin», wie auch Sie die PDS im CDU-Jargon zu nennen pflegen, als ob diese Partei nichts anderes wäre als die Verweserin des real nicht mehr existierenden Sozialismus. Sie begründen Ihre massive Kritik mit den Worten: «Die PDS träumt noch immer vom umfassenden Bemutterungsstaat, der in der Konsequenz ein Bevormundungsstaat werden muss. Sie predigt eine Politik der Umverteilung durch den Staat – in einer Zeit, da es keine Verteilungsspielräume gibt.» Was folgt, ist eine Kritik am Sozialstaat, die sich leider mehr an der neoliberalen Ideologie als an den Traditionen der Arbeiterbewegung orientiert. Sie schreiben: «Wir haben nicht zuwenig Staat und Bürokratie, sondern zuviel. Und vor allem haben wir schon jetzt einen Staat, der die Menschen viel zu sehr bevormundet, statt ihnen Rahmenbedingungen zu schaffen,

selbst Verantwortung zu übernehmen. Schon mit diesem Staat, gestatten Sie mir das Wortspiel, ist wenig Staat zu machen – mit dem der PDS gleich gar nicht.»

Wenn Sie die sozialdemokratische Lösung von «Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität» mit der neoliberalen von «Freiheit, Leistung, Selbstverantwortung» vertauschen, dann überlassen Sie die Menschen – nicht nur in der ehemaligen DDR – dem Kulturschock einer menschenfeindlichen Konkurrenzgesellschaft. Warum soll die PDS vergessen, dass die DDR die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Wohnen und Gesundheit verbürgt hat, ohne die auch die liberalen und demokratischen Grundrechte die materielle Basis entbehren? Und ist es etwa keine Bevormundung, wenn nicht demokratische Selbstbestimmung die Wirtschaft zum Wohl des Ganzen ordnet, sondern wenn der totale und globale Markt die Arbeitsbedingungen diktiert oder die Menschen gar in die Arbeitslosigkeit entlässt? Ist diese «freie Marktwirtschaft» etwas anderes als eine neue Form von Zwangswirtschaft? Gewiss, sie kommt (fast) ohne staatliches Kommando aus, ihre Agenten und Profiteure verschanzen sich bequem hinter der Anonymität von Marktmechanismen, als wären sie Naturgesetze. Aber ich frage mich, ob diese kollektive Verantwortungslosigkeit menschlicher sei als die Verantwortungslosigkeit der Parteilawentigen im ehemals real existierenden Sozialismus. Diese konnte und kann man wenigstens bei ihren Fehlentscheidungen, ja Verbrechen behaften, der real existierende Kapitalismus scheint dagegen nur noch Opfer und keine Täter mehr zu kennen.

Aber wenn ich, lieber Genosse Schröder, Ihr eigenes *Wahlprogramm* studiere, dann enthält es auch alte SPD-Versprechen, um deren willen ich Sie vielleicht wählen würde, wenn ich könnte: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wollen Sie Gewerkschaften und Kapital auf ein «Bündnis für Arbeit» verpflichten. Ein Rentenkorrekturgesetz soll die von der Regierung Kohl beschlossene Absenkung des Rentenniveaus von 70 auf 64 Prozent rückgängig machen. Ebenfalls zurücknehmen möchten

Sie die unsozialen Regierungsbeschlüsse zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, zum Schlechtwettergeld und zum Kündigungsschutz. Ja, Sie planen den Ausstieg aus der Atomenergie und folgen damit dem Grundsatz einer Investitionslenkung, auch wenn das «Unwort» im linken Vokabular nicht mehr vorkommen darf. Gut so, aber diese guten Forderungen passen schlecht zur neoliberalen Ideologie, die Sie der PDS um die Ohren schlagen.

### **Abschied vom demokratischen Sozialismus?**

Mit grossem Interesse lese ich in Ihrem Brief, wie Sie eine ideologische Kontinuität zwischen dem ehemaligen Jungsozialisten Schröder und dem heutigen Kanzlerkandidaten Schröder herstellen. Der «Kern» sei derselbe: «dass Menschen entlang ihrer Erfahrungen und Interessen selbst handeln können und sollen; dass es um die Beteiligung der Menschen am produktiven und gesellschaftlichen Prozess geht – und eben nicht darum, den Staatsapparat in die Hände zu bekommen, um dann von oben umzusteuern und Funktionäre mit allerlei Richtlinien die Wirtschaft lenken zu lassen». Das könnte ich Satz für Satz unterschreiben. Diese wenigen Worte formulieren so etwas wie die Idee einer demokratischen, ja genossenschaftlichen Wirtschaft.

Aber warum lassen Sie den Worten nicht auch Taten folgen? Warum ernennen Sie einen *Schatten-Wirtschaftsminister*, der sich noch keine Sekunde für die Grundwerte der Arbeiterbewegung engagiert hat, der weil er vom «Dritten Weg» zwischen Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit daherredet? Ihr Herr Stollmann rühmt sich, in seinem Unternehmen Compunet keinen Betriebsrat zu haben, und die Mitbestimmung möchte er am liebsten aus dem Betriebsverfassungsgesetz kippen. So etwas wäre nicht einmal mit der CDU zu machen, sagte kürzlich der designierte Kohl-Nachfolger Schäuble. Gewiss ist das deutsche Betriebsverfassungsgesetz von 1972 veraltet und durch die Auflösung der Unternehmen in blosse Kommunikationsnetze

ernsthaft gefährdet. Umso mehr wäre es Ihre Aufgabe, den *Unternehmensbegriff neu zu definieren*, damit allen Beschäftigten, auch den Scheinselbständigen, das Mitbestimmungsrecht wieder gewährleistet werden kann.

Unerträglich ist für mich die belehrende Art, mit der Sie die PDS auffordern, sich vom demokratischen Sozialismus zu verabschieden. Sie nennen das die «vorbehaltlose Integration ins demokratische System». Ebenso «vorbehaltlos» müsse sich die PDS «zur deutschen Einheit in einem geeinten Europa» bekennen. Und schliesslich kommt noch das unsägliche Wort von den «Systemüberwindern», denen die PDS «in den eigenen Reihen eine klare Absage» zu erteilen habe. Was Sie der PDS abverlangen, ist, zu werden wie die SPD, also überflüssig zu werden. Ja, Sie verlangen die *Selbstaufgabe* der PDS, der Sie (über Herrn von Weizsäcker) vorsorglich mitteilen, dass Sie ihr niemals «eine Koalition oder auch nur Kooperation» auf Bundesebene anbieten würden.

Ich erinnere mich an ein *Dialogpapier* der SPD mit der alten SED, das der Öffentlichkeit am 27. August 1987 übergeben wurde. Darin stand zu lesen: «Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind...» Von dieser dialogischen Haltung ist unter den neuen Machtverhältnissen nichts mehr übriggeblieben. Im nachhinein entsteht der Eindruck, als habe die SPD mit diesem Papier Lenins Rat befolgt, den Kontrahenten zu umarmen, um ihn zu erdrosseln. Was Sie verlangen, Herr Schröder, wäre nicht nur das Ende der PDS, sondern auch das Ende eines demokratischen Sozialismus überhaupt. Meine Sympathie gilt darum den Linken in Ihrer Partei, die nicht gegen die PDS, sondern gegen den Neoliberalismus kämpfen wollen, den «Systemveränderern», die sich nicht nur in der PDS, sondern auch in der SPD noch finden lassen.

Wenn Sie an der PDS die fehlende Ver-

fassungstreue kritisieren – zu Unrecht, wie mir scheint –, so bleiben Sie immerhin selbstkritisch genug, um «auch manchen im Westen etwas mehr Achtung vor dem Grundgesetz» zu empfehlen. Warum sagen Sie nicht gleich, dass schon der «Anschluss» der DDR an die BRD mit der Bonner Verfassung kaum in Einklang zu bringen war und ist? Für den Fall der Wiedervereinigung sahen die Präambel und Art. 146 des Grundgesetzes eine vom Volk ausgehende *neue Verfassung* vor. Statt sich dem «vorbehaltlosen» Einheitsdiktat zu unterwerfen, hätten die Menschen in der ehemaligen DDR auf diese Weise ein demokratisch legitimes Deutschland mitgestalten können. Der SPD hätte sich die historisch einmalige Chance eröffnet, das Beste der DDR mit dem Besten der BRD zu vereinigen, soziale Grundrechte mit bürgerlichen Freiheitsrechten, Gemeinwirtschaft mit politischer Demokratie. Doch der Kaiser war nackt. Die SPD hat sich entgegen ihren programmatischen Ansprüchen nur gerade als Sachwalterin des kapitalistischen Systems erwiesen. Sie war weder fähig noch willens, für eine umfassende Bodenreform einzutreten, die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften den Genossenschafnern und Genossenschafterinnen wirklich zu übergeben, das Produktivvermögen im Besitz der Menschen zu belassen, die es erwirtschaftet haben, statt es zu drei Vierteln an westdeutsches und ausländisches Kapital zu verscherbeln, und die volkseigenen Betriebe im Sinn einer echten Mitbestimmung der Beschäftigten zu demokratisieren.

Ich weiss, es ist *in Wahlzeiten* nicht üblich, sich selbst in Frage zu stellen. Noch weniger ist es üblich, aus eigenen Wahlsiegen zu lernen. Soll ich Ihnen also eine Niederlage wünschen, damit Sie die sozialdemokratischen Grundwerte nicht länger mit neoliberalen Versatzstücken traktieren? Ich bin nicht unglücklich, dass mir diese Entscheidung erspart bleibt.

Mit meinen besten Wünschen für Ihre Zukunft als sozialdemokratischer Bundeskanzler verbleibe ich Ihr

Willy Spieler